

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Preis: 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Baumbach
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Kistenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900. - Postfachkonto Stuttgart 6808.

Zustellungsgebühr
für die sechsgepaltene Kolonialzeitung 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Vier Jahre Räteherrschaft

Abendbetäubung 1917. Überall noch Krieg. Mit Zug und Zwang werden die Völker weiter ihrem Golgatha entgegengetrieben, auf allen Fronten abgehete Menschen mit nationalstolchem Egoismus und Revolver zu gegenseitiger Zerschlagung gezwungen. In Rußland ist die Kerenski-Regierung babei, sich auf dem Schlachtfeld der Verbrennen zu lösen, trotz der zaristischen Vergeblichkeit. Noch nirgends eine Aussicht auf Beendigung der Zwicktracht und Niedertracht der Regierenden, noch kein Ausweg aus der Dialektik und der Schafflosigkeit der Regierten. Die Menschheit taumelt weiter in die schwarze Kriegsnacht hinein.

Am siebenen November brach ein Lichtstrahl: In Petersburg haben Arbeiter und Soldaten die Kerenski-Regierung gestürzt, an ihre Statt ist die Räteherrschaft getreten, die den des Nordens entsetzt müden Soldaten Frieden, dem hungernden Volke Brot verheißt.

Die Räteherrschaft griff rücksichtslos in das Rad der Geschichte. Die Staatsschuld wurde annulliert, dadurch die kapitalistischen Zinsfänger aufs Trockene gesetzt. Der Friede geschlossen, dadurch die Soldaten der friedlichen Arbeit zurückgegeben. Die Feudalverfassung zerfallen, das glückseligste Land den Bauern überlassen und die von Nacht und Eins bestellt. Die Bourgeoisie enteignet, Industrie und Handel mit dem Bankwesen nationalisiert, die Fabrikbesitzer mit ihren Direktoren, Ingenieuren und Werkmeistern verjagt oder kurzerhand auf die Scheibe gesetzt, die eine Rückkehr nicht kennt. Den Arbeitern wurden die Fabriken überliefert, fortan hatten sie die Produktionsregeln zu regeln und ihre Vorgesetzten zu wählen.

So waren wie über Nacht die Steuerzahler aus der Zins- und Kapitalistenwelt verschwunden, die Bauern von Grundbesitzern, die Arbeiter vom Industriekapitalismus enteignet. Die Produktionsbedingungen konnten nun in dem von den Arbeitern bestimmten Rahmen, auf dem Boden der Sowjetmacht stehen. Was ein Fortschritt gegenüber den gegenständlichen demokratischen Ländern! Welche Überlegenheit des sowjetrussischen Regierungssystems, der Diktatur gegenüber der Demokratie! Was Wunder, wenn Soldaten, Bauern und Arbeiter die Räteherrschaft als ihre Befreierin stützten und, wie es schien, nicht zurückzuführen gegen sie einwenden. Noch größer als in Rußland selbst war in fernen Ländern die Begeisterung für die Räteherrschaft.

Obwohl selbst die von Rußland Überbegeisterten verstanden nicht zu bestreiten, daß es dort recht mangelhaft ist, daß die Industrie zurückging, die Nahrungsbedingungen immer größer, die Staatsschuld immer erschreckender wurde. Allein daran war für sie nicht die Räteregierung und ihr System, die Diktatur, sondern eher der Bürgerkrieg und die Blockade schuld. Wenn erst einmal die Kolossal, Denks- und Jubenitisch geschlagen und der eiserne Ring, den die kapitalistischen Weltmächte um Rußland gezogen, zerbrochen sei, würden sich die Mischlichkeiten bald beheben lassen und sich die Vorzüglichkeit der bolschewistischen Politik, die Überlegenheit der Diktatur über die Demokratie handgreiflich zeigen. Bei diesem Glauben ist eine reiche, wenn auch stetig abnehmende Zahl Arbeiter ein, zwei, drei, vier Jahre unerschütterlich geblieben. Für sie ist in Rußland der betriebsunfähige Stern aufgegangen. Sie folgen ihm, wie einst die Weisen aus dem Morgenlande dem ihrigen. Diese wurden von ihrem Stern in den Stall von Feilnehmern geführt. Wohin wird der Sowjetstern führen?

Die Antwort hierauf ist heute in allen russischen Bauernverbänden und Fabrikvierteln zu finden. Während der Räteherrschaft hat der Bodenertrag der russischen Landwirtschaft gewaltig abgenommen, dazu ist die Anbaufläche für Getreide (was fast ein Fünftel) und für Kartoffeln (um mehr als ein Drittel) zurückgegangen. Da den Bauern die Ernte verweigert oder für Papiergeld, das für sie wertlos, abgenommen wurde, bebauten sie nicht mehr, als sie selbst verfeinern, oder versteckten den Überschuss für den Schleißhandel. Industrieprodukte, landwirtschaftliche Geräte und Werkzeugen hätten die Bauern zu besserer Wirtschaft veranlassen können. Aber die so dringlich gebrauchten Gegenstände vermochte die Industrie nicht zu liefern. Die Städte hatten sich entvölkert, die Werkstätten gekert. Die Arbeiter waren aufs Land geflüchtet, wo sie vor dem graufamen Arm der Polizei und vor dem Hunger besser geschützt waren.

Ende 1920, als der Bürgerkrieg beendet wurde, um die industrielle Tätigkeit in Gang zu bringen, die Militarisierung der Arbeit versucht. Was arbeitsfähig, sollte durch militärischen Zwang zur Arbeit gepreßt werden. Daß solche Maßnahmen alles andere, nur nicht die Steigerung der Warenmenge fördert, braucht einem Gewerkschafter, der über sein Ab hinaus ist, nicht gesagt zu werden. Es entstand ein noch größerer Mangel an Industrieprodukten, also an Produktionsmitteln für landwirtschaftliche Produkte und da-

durch eine noch stärkere Widerpenflichkeit der Bauern, die bis zu offenem Widerstand gegen die Requirierungstruppen ausbrach. Das Dorf blockierte die Stadt! Da Regierungsmahnahmen wohl zur Verschärfung der Blockade, aber nicht zu ihrer Schwächung beitragen, verlangten die immer mehr hungernden Industriearbeiter Freizügigkeit, um sich selbst Lebensmittel verschaffen zu können, um nicht mit leeren Händen zum Vater zu kommen. Die Arbeiter forderten also, selbst Händler, das ist selbst Kapitalisten, wenn auch im Zwergmaßstab zu werden. Der Widerstand der Regierung wurde durch die Bewegung von Bauern, Arbeitern und Soldaten gebrochen. Unter deren Druck wurde die Militarisierung der Arbeit fallen gelassen und der Wiederaufbau der Wirtschaft mit den entgegengesetzten Mitteln versucht. Der „neue Kurs“ der bolschewistischen Wirtschaftspolitik begann im Frühjahr 1921.

Dem Arbeiter ist zwar auch jetzt noch volle Freizügigkeit nicht gestattet, nur ist es ihm erlaubt, sich Arbeit innerhalb seines Wohnortes oder Berufes zu suchen. Das militärische Requisitionssystem ist aufgehoben, die Bauern haben nun noch einen Teil ihrer Ernte als „Naturalsteuern“ abzuliefern, der Rest steht zu ihrer freien Verfügung. Das ist Aufhebung der Sozialisierung des Handels, ist Gestattung, Förderung des Handelskapitalismus.

Doch auch dabei ist die kommunistische Regierung nicht stehen geblieben. Eine noch viel nachdrücklichere Stärkung läßt der „neue Kurs“ dem Kapitalismus angedeihen. Die sozialisierten Bergwerke, Forste und Fabriken werden in- und ausländischen Kapitalisten in Hand gegeben, auch das Postwesen ist in kapitalistischem Sinne umgeändert. Die dieser Wandlung noch anhängende Jagdgesellschaft hat die Hungerzeit vollends befristet. So gar zur Anerkennung der Räteherrschaft der zaristischen Regierung erklärt sich die kommunistische Räteherrschaft bereit.

Die Rückkehr Rußlands zur kapitalistischen Wirtschaft erklärt Lenin mit anerkenntnisvoller Offenheit wie folgt:

Es ist ein Irrtum gewesen, wenn man glaubte, auf einen kommunistischen Beschluß hin würde von selbst produziert und verteilt werden. Die Kapitalisten werden anerkennen und dann wird auch wieder das Proletariat anerkennen. Die Kapitalisten werden leben und sein, sie werden auch was 100 Prozent unserer Arbeit herausbringen und sich bereichern. Aber die Frage wird sein, wer sich schneller regenerieren kann, das Proletariat oder das Kapital, ob die Staatsgewalt sich beschert oder die kapitalistischen Kräfte. Wir glauben, daß ein Sieg des Kapitals nicht zu befürchten ist (?), eben weil wir uns jetzt auf das Maximum setzen, das je letzten Endes dem Proletariat zugeht (?). Der Zustand, der sich nun entwickelt wird, ist notwendig, weil wir erst lernen müssen, zu wirtschaften, was wir bisher nicht konnten. Selbst die Kapitalisten sich bereichern, ihr tern in wirtschaften und zu arbeiten ihre die kommunistische Republik begründen.

Wie man sieht, vertritt Lenin seiner Anhängerenschaft die bittere kapitalistische Bille mit etwas zuckerhaltigerer zu machen: Gewiß, die herbeigerufenen Kapitalisten würden 100 Prozent Profit machen, aber ihr Sieg über das Proletariat sei nicht zu befürchten, da sich dieses auf die Bauernschaft stützen könne. Das ist bestimmt nicht an dem, wie die erste Probe aufs Exempel noch ausdrücklich und handgreiflich datur wird.

Nach Lage der russischen Dinge am Ende des vierten Jahres der Räteherrschaft kann es keinen Zweifel unterliegen, daß Rußland ein neuer kapitalistischer Zustand bevorsteht. Es kehrt — in gewissem Sinne — wirtschaftlich zurück, wo es das Zarenregime gelassen hat.

Das entspricht sicherlich nicht der Absicht der Lenin und Trotzki. Ihr Ziel war bestimmt ein ganz anderes. Und was sie für dessen Erreichung tun konnten, ist getan. Die harte Wirklichkeit erwies sich auch diesmal stärker als diktatorischer Wille und Rücksichtslosigkeit. Verständlich, daß diese Entwicklung betrieblend für die Räteherren ist und ihre Lehre. Zur Verhütung solcher bitterer Erfahrung haben ja die sozialistischen Altimmeister geschrieben. Auf Grund ihrer Schriften konnte das Ergebnis der sowjetrussischen Politik vorausgesagt werden, und ist oft vorausgesagt worden.

Freilich haben die vier Jahre Räteherrschaft neben unermesslichem Ungemach auch heilsame Wandlungen mannigfacher Art gebracht. Zum mindesten hat die Diktatur, einem eisernen Besen gleich, viel von dem Berge des geistigen Proletariats weggeführt, kurz eine Säuberung vollzogen, die sich für die nun kommende Ordnung vorteilhaft erweisen wird, noch mehr aber für das um seine Befreiung ringende russische Proletariat, dem vielgeprüften, das unserer Junekung und tätigen Unterstützung heute mehr denn je bedarf. Es hat seine furchtbare Erfahrung für seine Klassenossen überall gemacht. Mögen diese viel da-

Das Wiesbadener Abkommen

Durch den Friedensvertrag ist Deutschland verpflichtet worden, alle Schäden und Verluste, die den Staatsangehörigen der alliierten Mächte während des Krieges entstanden sind, zu ersetzen. Diese Schäden sind in laugen Listen mit vielen Tausenden von Positionen aufgeführt. Die Gegenstände, die Deutschland zurückzuschicken oder neu zu beschaffen hat, umfassen von der fertigen Fabrikeinrichtung bis zur Stecknadel eigentlich alles, was man sich vorstellen kann. Der weitaus größte Teil der Rücklieferungsforderungen ist von Frankreich erhoben. Durch das Wiesbadener Hauptabkommen und seine vier Nebenabkommen — nämlich zwischen dem französischen und deutschen Wiederaufbauminister Loucheur und Rathenau abgeschlossen — sind diese Forderungen Frankreichs allmählich erfüllt und durch Fixierung bestimmter größerer Leistungen abgelöst worden.

Das erste Nebenabkommen bezieht sich auf die Rücklieferung von Industriematerial. Diese soll am 8. Dezember 1921 aufhören. Danach werden nur noch die Maschinen an Frankreich zurückgeliefert, die vorher abberufen worden sind. Dafür liefert Deutschland an Frankreich binnen acht Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial und erkennt außerdem eine besondere Schuld in Höhe von 158 Millionen Goldmark an, die ab 1. Mai 1926 abgetragen bzw. verrechnet werden soll.

Das zweite Nebenabkommen betrifft die Ablösung der Wiederaufbau von totem Eisenbahnmateriale an Frankreich. Darin verpflichtet sich Deutschland zur Ablieferung von 6200 gebrauchten und 4600 neuen Eisenbahnwagen an Frankreich.

Im dritten Nebenabkommen werden die weitergehenden Forderungen Frankreichs in der Weise abgelöst, daß sich Deutschland zur Lieferung von 75 000 Pferden, 25 000 Rindern, 25 000 Schafen und 40 000 Bienenstöcken verpflichtet.

Das vierte Nebenabkommen bezieht sich auf die Kohlenlieferungen und befaßt der Abstimmung der Reparationskommission, weil es auch teilweise Lieferungen an andere Entente-Länder betrifft. Darin wird insbesondere festgesetzt, daß der Handel mit deutschen Reparationsstoffen durch die Entente-Länder gestattet ist. Die Alliierten verpflichten sich, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den für ihre Kolonien und Protektorate zu verwenden. Die Kohlenmengen und die Kohlenpreise, die von der Reparationskommission trotz ihres Anspruchs darauf nicht abgerufen werden, dürfen von Deutschland völlig frei ausgeführt werden.

Der Grundzug des Wiesbadener Abkommens ist, Frankreich den Wiederaufbau seiner durch den Krieg zerstörten Gebiete und Industrieunternehmungen rascher zu ermöglichen. Deutschland liefert Wiederaufbaumaterialien aller Art, als keine Handelsartikel, die Frankreich weiterhin auf dem Weltmarkt erwerben könnte. Die Lieferungen dürfen diejenigen Lieferungen, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrags zu leisten hat, nicht beeinträchtigen. Es sind dies die Lieferungen von Schiffen, Kohlen und Kohlenprodukten sowie Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Produkten. Aus Gründen, die im Friedensvertrage liegen, kann das Deutsche Reich nicht selbst als Eigentümer und Lieferant dieser Materialien auftreten. Wenn das Reich als Eigentümer und Lieferant in die Erscheinung trat, so würde damit der Reparationskommission in gegebenen Augenblick das Recht des Zugriffs auf dieses Vermögen des Reiches gegeben sein. Aus diesem Grunde ist der Weg gewählt worden, daß private deutsche Lieferungsorganisationen mit ebensolcher Organisation, die auf französischer Seite den Aufbau zu leisten haben, direkt in Verbindung treten. Der deutsche Liefererverband liefert die Materialien an den französischen Empfängerverband. Der Preis der Lieferungen wird den deutschen Lieferanten vom Deutschen Reich in deutschem Gelde bezahlt. Die französischen Empfängerverbände leisten keine Zahlungen, dafür aber werden die gelieferten Waren auf Konten gutgeschrieben, die die geschädigten und jetzt zum Wiederaufbau schreitenden französischen Staatsangehörigen bei der Regierung haben. Praktisch ist jedoch die Wirkung die, daß das Deutsche Reich an den französischen Staat liefert.

Die unmittelbare freie Vereinbarung zwischen den proletarischen deutschen und französischen Organisationen, die als Organe der Lieferung auftreten, umfassen auch die Preisgestaltung. Einigen sich die Organisationen nicht über den Preis, so wird zunächst das von französischer Seite angeforderte Material nach Banal- und Spezialmaterial unterschieden. Banalmaterial sind die Waren, die man als Rohstoffe, Halbfabrikate und Massenartikel bezeichnen kann. Die Preise hierfür, ebenso die Transport-, Lieferungs- und Abnahmebedingungen, werden im Notfall durch eine Kommission endgültig festgesetzt, die aus einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten, gemeinsam bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Person gebildet wird. Bei der Preisbildung soll ungefähr der normale französische Inlandspreis erreicht werden. Das Spezialmaterial, also die Gegenstände, bei denen es dem Besteller auf den besonderen Charakter des Einzelstücks ankommt, wie industrielle Einrichtungen, Maschinen usw. unterliegen in jedem Falle der freien Vereinbarung. Wenn diese nicht zustande kommt, hat die französische Regierung das Zwangsrecht in der Hand, die Preise durch die Reparationskommission festsetzen zu lassen.

Das Abkommen läuft bis zum 1. Mai 1926. Die in dieser Zeit erfolgten Lieferungen sollen zusammen mit den oben erwähnten Lieferungen des Reiches auf Grund des Friedensvertrags (Schiffe, Kohlen usw.) den Betrag von 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Soweit ist alles gut. Die gefährlichste und laienrechtlichste Seite des Abkommens liegt in dem System der Berechnung und Gutschrift der Leistungen, die wir hiermit an Frankreich geben. Bis zum 1. Mai 1926 werden uns nur die Beträge voll auf das Wiedergutmachungskonto angerechnet, die aus

ben Lieferungen auf Grund des Friedensvertrags (Schiffe, Kohlen usw.) entstehen. Das sind schätzungsweise in diesem Zeitraum 1,8 Milliarden Goldmark. Die übrigen Leistungen im Betrage von 5,2 Milliarden Goldmark werden uns zunächst nur mit 35 Prozent gutgeschrieben. Die restlichen 65 Prozent werden nach dem 1. Mai 1926 nach und nach gutgeschrieben. Nur, wenn die Lieferungen Deutschlands an Wiederaufbaumaterial in einem Jahre weniger als 1 Milliarde Goldmark betragen sollten, werden in diesem Jahre 45 Prozent des Wertes der Lieferungen gutgeschrieben werden. Wie hoch aber auch die Lieferungen sein mögen, insgesamt darf es keinen Fall bis zum 1. Mai 1926 mehr als 1 Milliarde Goldmark jährlich gutgeschrieben werden. Angenommen, wir liefern in einem Jahr zusammen mit den erwähnten Lieferungen aus dem Friedensvertrag für 4 Milliarden Goldmark Aufbaumaterialien an Frankreich, so würden uns für die Lieferungen aus dem Friedensvertrag (Schiffe, Kohlen usw.) 10 Prozent, also ungefähr 0,4 Milliarden und für die übrigen Leistungen 0,6 Milliarden, also nur etwa 16 Prozent gutgeschrieben werden. Der Rest bildet eine Art Darlehen, das Deutschland Frankreich gewährt und das ab 1. Mai 1926 ratenweise auf unsere Schuldverpflichtungen angerechnet wird. Außerdem ist vorgesehen, daß keine Jahresgutachten höher sein darf als der Anteil Frankreichs (52 Prozent) an den auf Grund des Londoner Zahlungsplans zur Verteilung unter die Alliierten gelangenden deutschen Jahresgutachten. Dieser Fall wird aber praktisch nie eintreten. Der Betrag der Lieferungen, den wir von Frankreich nicht gutgeschrieben bekommen, wird durch Frankreich mit 5 Prozent verzinst. Die kreditierten Kreditbeträge sollen am 1. Mai 1926 zusammengerechnet und dann in zehn gleichen Jahresraten bis zum 1. Mai 1936 gutgeschrieben werden.

Das Abkommen selbst braucht von Deutschland nur insoweit erfüllt zu werden, als dies mit der Produktionsmöglichkeit Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar ist.

Die Ausführung des Wiesbadener Hauptabkommens ist bereits praktisch im Gange. Unter anderem ist eine deutsche Vereinigung und eine ebensolche französische rechtlich im Werden, die sich den unmittelbaren Wiederaufbau französischer Dörfer im zerstörten Gebiet als Aufgabe gestellt haben. Die Vertreter dieser Vereinigungen haben bereits mit dem französischen Wiederaufbauamtsminister Fühlung genommen. Die deutschen Delegierten haben sich bereit erklärt, mit 2500 deutschen Arbeitern und Technikern den Wiederaufbau der Dörfer, die eine Fläche von etwa 30 Quadratkilometern umfassen, zu übernehmen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß dieses Unternehmen bald in Fluß kommt, damit die offenen Wunden auf den ehemals französischen Schlachtfeldern endlich geschlossen werden.

Die Vorteile des Wiesbadener Abkommens bestehen in der Möglichkeit, für Reparationsleistungen nicht die volle Summe in ausländischen Devisen beschaffen zu müssen, in der Gewährung höherer Preise, weil die französischen Inlandspreise zurzeit erheblich über den deutschen stehen, in der Beschaffung größerer Aufträge für unsere Industrie und damit in der Verminderung der deutschen Arbeitslosigkeit, in der Gewinnung eines auch künftig noch aufnahmefähig bleibenden ausländischen Absatzmarktes und insbesondere darin, daß wir für die Wiederaufbaumaterialien, die wir an Frankreich liefern, nicht die 26 prozentige Ausfuhrabgabe nach Maßgabe des Londoner Ultimatums bezahlen müssen.

Der Nachteil ist aber außerordentlich schwer für uns. Wir haben auf Grund des Londoner Ultimatums jetzt jährlich ungefähr 3 1/2 Milliarden Goldmark zu leisten, auf Grund des Wiesbadener Abkommens, wenn es voll erfüllt wird, außerdem bis zum 1. Mai 1926 5,2 Milliarden Goldmark. Das heißt, daß wir bei gleich hochbleibenden Verpflichtungen und bei voller Leistung nach dem Wiesbadener Abkommen in den nächsten 4 1/2 Jahren Geld und Werte in der Gesamthöhe von rund 20 Milliarden Goldmark zu leisten haben. Das ist pro Jahr 4,4 Milliarden Goldmark. Was diese Goldsumme in Papiermark ausmacht, müssen wir an einer Berechnung zeigen. Nach dem Kursstand des amerikanischen Dollars, der seinen Goldwert darstellt, gilt die deutsche Mark gegenwärtig (am 3. Nov.) 2,2 Friedenspfennige. Das heißt, den Wert von einer Goldmark machen 46 Papiermark aus. Wir haben also, gemessen am amerikanischen Dollar, das 1/2fache der Goldmarksumme zu zahlen, also rund 20 Milliarden Papiermark jährlich. Das ist auf den Kopf der deutschen Bevölkerung pro Jahr mehr als 3000 Papiermark oder nach der Rathenauischen Annahme, daß wir in Deutschland jährlich über 36 Milliarden Arbeitsstunden verrichten, die gesamte Lohnsumme, die für Arbeiter und Angestellte in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft gezahlt wird. Nach diesem Verhältnis sind auf Grund des Londoner Abkommens in Papiermark 1,4 1/2 und auf Grund des Wiesbadener Abkommens (immer für den Fall, daß es voll erfüllt wird) 5,3, 13 Milliarden Papiermark jährlich mehr anzubringen. Darin liegt eine Belastung, die wir nach menschlicher Voraussicht unmöglich zu tragen in der Lage sind. Auch wenn man mit Recht einwendet, daß die innere Kaufkraft der Mark zurzeit noch höher steht, als ihre valutatorische Einstellung an der Börse, wird an dieser Last nicht viel geändert, weil wir in absehbarer Zeit durch die Entwertung, also durch die innere Entwertung der Kaufkraft der Mark, soweit sein werden, daß dieses Erempel fällt.

Trotzdem ist lediglich, daß wir das Wiesbadener Hauptabkommen nur soweit zu erfüllen brauchen, als das nach unseren sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen möglich ist. Wir werden es bestimmt nur eine kurze Zeit lang befriedigend erfüllen können. Es bleibt trotz allem ein Monstrum für unsere guten Willen.

Maßnahmen der Entente gegen die Deutschen Werke

Der Zusammenbruch des Militärbundes Deutschlands besteht das Schicksal der industriellen Kriegsbetriebe. Die Kriegsbetriebe dieser Werke, der Werke in Kiel, Danzig, Bismarckhafen und Friedrichshafen, und des Konzerns in Spandau, Gröden, Aachen, Hamm usw., hatten während des Krieges eine Erweiterung auf 300.000 Menschen erfahren. Nach Kriegsende traten ab die Arbeiter, die zur Arbeitslosmachung in die Kriegsbetriebe kommen mußten oder auch freiwillig gegangen waren, nach ihren ursprünglichen Arbeitsstätten zurück, wodurch deren Betrieb für die Arbeitergüter bedenklich. Gegenwärtig sind noch rund 60.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Die Kriegsbetriebe werden in die Deutschen Werke A.-S. zusammengefaßt und ein Zentralkonzern gebildet.

Da dieser schematischen Umfassung der Betriebe entgegensteht, werden die Deutschen Werke, obwohl lediglich ein Maschinenbauwerk, als Wirtschaftsbetrieb mit der übrigen Wirtschaft in Wettbewerb treten und aus eigener Kraft lebensfähig bleiben müssen. Da weitere Betriebsvergrößerung nicht zu erwarten sind, sind die Maßnahmen zur Umstellung auf etwa 10.000 Stellen auf ihre wirtschaftliche Zweckmäßigkeit geprüft und für einen Teil derselben die Vorkontrollierung für deren Herstellung getroffen. Folgend werden auf den Deutschen Werken hergestellt: Eisenbahngüterwagen, Stra-

wagen, Gruben- und Selbstbahnwagen, Motorwagen, Karren, landwirtschaftliche Maschinen, Bauhaltungsmaschinen, Aluminiumgeschirre, Motorräder, Jagd- und Sportwagen, Präzisionswerkzeuge, Wärmemittel, Normaltuben und -fenster für Kleinhäuser, ganze Holzhäuser, Garten- und Gärtnereisanlagen usw. Eine Schweißmaschine wird etwa binnen Jahresfrist herausgebracht. Außerdem werden unbrauchbar geordnete Lokomotiven repariert.

Nach Artikel 169 des Versailler Friedensvertrages sind alle ausschließlich für die Anfertigung von Kriegsgeräten bestimmte gewerblichen Anlagen, Werkzeuge und Maschinen zu zerstören. Nach den Angaben und unter Aufsicht einer internationalen Militärkontrollkommission mußten die Bestellungen vorgenommen werden. Welche Kosten allein diese Zerstückelungen verursachten, ungerade mit den damit verbundenen Verluste, erhält aus einem einzigen Beispiel, für das in unmittelbarer Nähe Gannau gelegene Wollgangwerk, eine frühere Pulverfabrik, das auf Verlangen der Entente starken Zerstückelungen ausgesetzt war, wurden allein für diese Unterabarbeiten 9 1/2 Millionen Mark verausgabt werden.

Nach den Verfügungen der maßgebenden Stellen ist alles zur Verbringung der Militärkontrollkommission geschehen. Es wäre bei dem Treiben der Reaktion in Deutschland nicht ausgeschlossen, daß die sehr einflussreichen Anhänger des monarchistischen Systems sich absolut nicht von ihren militärischen Sachen und Sachen, zu denen auch die Fabrikationseinrichtungen gehören, trennen könnten und allwärts Versuche würden, die Sachen für ihre dunklen Pläne zu erhalten. Das Urteil der Arbeiter der Deutschen Werke macht diesen Einwand gegenstandslos. Die sozialistische Arbeiterchaft übt selbst mit der Kontrolle aus.

Seit einiger Zeit aber ist der Einfluß der englischen und italienischen Mitglieder der internationalen Kontrollkommission zurückgetreten gegenüber der französischen Seite, und die Kommission, an deren Spitze General Rollet steht, erhebt nunmehr Forderungen, die sich mit den Bestimmungen des Friedensvertrages überhaupt nicht mehr vereinbaren lassen. Für das Wollgangwerk Gannau ist die Freigabe der Schießbaumwolle für Flugabwehr- und des amerikanischen Pulvers für Kunstfeuerstellung plötzlich zurückgezogen worden. Darüber hinaus wird die gängliche Zerstückelung des Werkes verlangt. Alle Gebäude müssen bis auf den Grund vernichtet, die Dampfleitungen und Elektrizitätsleitungen herausgerissen und selbst die unterirdische Kanalisation zerstört werden. Auch die Rohmaterialien seien bis zum 15. Oktober zu verbrennen, obwohl die Weiterführung des Betriebes bis zum 30. November d. J. gestattet wurde. Im Gannauer Werk, früher Gewehrfabrik, ist die Herstellung von Jagd- und Sportwagen, Werkzeugen, Schloßern usw. eingerichtet und die Fabrikation einer Schweißmaschine in Aufnahme begriffen. Obwohl es sich bei den Waffen nur um solche für Schrotladung handelt, die für Kriegszwecke unbrauchbar sind, kommt jetzt plötzlich die Vorschrift, daß diese Fabrikation bis zum 31. März 1922 endgültig einzustellen und durch die Erzeugung unbrauchbarer reiner Handladerartillerie zu ersetzen sei. Ein auf solche bezüglicher Programm bedarf der Genehmigung der internationalen Kommission vor dem 1. Januar 1922.

Auch die Werke in Spandau sind nicht verschont geblieben. Die hier befindliche ehemalige Gewehrfabrik soll ebenfalls bis zum 31. März 1922 die Produktion von Sport- und Jagdwaffen endgültig einstellen. In der ehemaligen Geschloß- und Geschützfabrik sind die Ziegelwerksbetriebe entsprechend dem Friedensvertrag abgerissen worden und nur die Maschinen sind noch im Betrieb. Da das vorhandene Material veraltet ist und den Ansprüchen eines konkurrenzfähigen Betriebs nicht genügt, so beabsichtigt die Verwaltung, ein neues, aber leistungs-fähiges neues Wollgangwerk aufzustellen. General Rollet hat aber verfügt: Es steht dabei, daß der Bau jedes neuen Generators oder Ofens sowie die Aufstellung von Walzen oder Pressen streng unterlagt ist. Aberdies ist dem Werke aufgegeben, noch mehrere im Betrieb befindliche hydraulische Pressen, die nur zu Friedensarbeiten verwendet werden, abzubauen. Die Verwaltung hat die Erfüllung dieser ungeheuerlichen Forderungen abgelehnt und die internationale Kontrollkommission an die Reichsregierung verwiesen. Der Zentralrat der Arbeiter und Angestellten sämtlicher deutscher Werke hat sich der Verletzung dabei angeschlossen und seine Unterstützung bei deren Widerstand zugesagt.

Die Maßnahmen der Militärkommission gegen die Deutschen Werke können nicht nur als Vorgang zur vollständigen militärischen Entwaffnung Deutschlands und zur Verhütung erneuter Kriegsausstellungen gewertet werden. Die Anlagen und Maschinen zur ausschließlichen Anfertigung von Waffen und Munition sind bereits zerstört, die noch vorhandenen Betriebsanrichtungen für Friedensarbeit, Handladerarten eingerichtet. Ein Grund für derartige kriegsähnliche Anordnungen ist keinesfalls vorhanden. Die Ansicht der Verletzung, mit diesen Maßnahmen soll das Handels- und Wirtschaftleben Deutschlands getroffen werden. Eine würdige Anreizung an den Gewaltakt in Ober-sachsen. Die Kapitalisten Frankreichs sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs durchaus unzufrieden und verfolgen mit Wutgefühl die bessere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Sie sind ein unruhiges Konkurrenzvolk vom Hals zu halten, ist ihr höchstes Bestreben.

Zu beachten ist, die Deutschen Werke sind verstaatlichte Betriebe. Trotz ihrer vielen Mängel sind sie ein Versuch, eine neue Form der Staatsbetriebe zu schaffen, ein Vorgang, an dem die sozialistische Arbeiterchaft das allergrößte Interesse hat. Was in diesen Betrieben erreicht wird, kann dem sozialistischen Gedanken dienlich sein. Auch ein Grund ist für die Maßnahmen der französischen kapitalistischen Seite. Dieses Bestreben bezieht sich auf den Wüchsen der deutschen Kapitalisten. Auch sie sind den Deutschen Werken nicht gänzlich feindlich. Selbst Staatsbehörden bekunden ihre Abneigung gegen die Werke. Die Post hatte kürzlich Arbeitsaufträge zu vergeben, alles wurde der Privatindustrie zugesprochen und die eigenen Reichs-werke gingen leer aus. Das muß anders werden. Die Arbeiterchaft, besonders die Metallarbeiter haben alle Ursache, sich mehr als bisher um diese Werke zu kümmern. Alle Versuche, die darauf hinführen, die Deutschen Werke zu zerstören, ganz gleich, ob von französischen oder deutschen Kapitalisten, müssen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Ein Dokument aus trüber Zeit

Durch den bekannten günstigen Wind wurde uns dieses Schriftstück auf den Tisch geweht. Wir enthalten uns jeden Kommentars. Es spricht für sich selbst.

Stapel, den 3. Juni 1916.
An das Königl. Feldvertrere Commando des XI. Armee-Korps,
zu Händen des Herrn Hauptmann Claus,
Kassel, Friedriehstr. 31, II.
Einsprechend der Vereinbarung, die in der Konferenz vom 31. u. 32. gehalten wurde, beehren wir uns, unsere dort mündlich vorgenommenen Forderungen gegen die Einbringung von Kriegsausstellungen oder Schlichtungsgeschäften im hiesigen Bezirk schriftlich zu wiederholen.
Wenn die Einbringung sich in Berlin als notwendig und zweckmäßig erweisen hat, so folgt daraus keineswegs das gleiche für andere Landesteile, am ehestenwünschten für den unsrigen. Nicht die Arbeiter-verhältnisse in Berlin, sondern gerade diejenigen in der hiesigen Metall-industrie sind die maßgebenden. Berlin ist der größte Herd der Sozialdemokratie, der Hauptstütze des auf sozialdemokratischem Boden stehenden Metallarbeiterverbandes. Die wachsende Tätigkeit der Arbeiterchaft ist allgemein bekannt. In den Lagen der Fabriken werden die Arbeiter durch gesunde Forderungen des Wohlfühlens zu Personalausgaben eingeladen, in denen ihnen vorgeschrieben wird, daß die Arbeit sehr zu bewahren, daß sie viel zu wenig verdienen, und so weiter. Es besteht die Gefahr, daß sie sich organisieren und nicht viel in die Kasse zahlen müssen, um nach Belieben streiken zu können. Jede Vergrößerung zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie können die Feindseligkeit, die Unruhe, die Neugier, die Begierde nach fremden Gütern. Nur so können die Arbeiter ihren Einfluß auf die erteilte und bekämpfte große Rolle nicht verlieren. Der weitere Erfolg haben sie natürlich damit in

den Großstädten, wo die für solche Gedanken besonders empfänglichen nicht bodenständigen, sondern bespöklichen Arbeiter zusammenströmen. Wo sich auch im allgemeinen die Menschen fremder Herkunft befinden als in kleineren Orten. Berlin ist ungeliebter, wohl der günstigste Boden für die Propaganda der Sozialdemokratie. Schon vor dem Krieg hatte sie es dort durch unermüdeliche Tätigkeit und mit schauerlicher Beredung angelegte Zellstricks dahin gebracht, daß die Berliner Metallindustrie versuchten, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen. Leider fehlte es diesen an der geschlossenen Einigkeit und die Folge davon war, daß sie sich dem Metallarbeiter-Verband unterwerfen mußten. Dieser bestimmte unmittelbar oder durch Arbeiterausschüsse der Fabrik, wie die Löhne zu gestalten (die, welche Einrichtungen für die Arbeiter zu treffen sind, wie die Arbeitszeit zu regeln ist, kurz der Arbeitgeber hat nur noch beratende Stimme und ist von der Einsicht und dem Wohlwollen einer fremden Instanz, nicht etwa der Regierung, sondern der sozialdemokratischen Führer abhängig. Es ist ganz natürlich, daß dies als bald nach Ausbruch des Krieges die Früchte der Vererbung sich in einer wütenden Lohnrebellie durch rücksichtslos Arbeitswechsel zeigten, sich bereit erklärten, müßten an der Beschreibung dieses Auswuchses mitzuarbeiten, sonst müßten sie militärische Gewaltmaßnahmen befürchten. Des ist der Grund für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Kriegsausbaus in Berlin.

Die Berliner Arbeiterverhältnisse sind nicht weit entfernt von denen in Amerika, England, Frankreich und Italien, wo die syndikalisierten Arbeiter die Herren der Lage sind. Die Vorgänge in jenen Ländern vor dem Krieg sowie während des Krieges sind ja bekannt. Wir wollen nicht wünschen, daß solche Zustände auf dem Wege über Berlin auch in Deutschland eingeführt werden. Ganz anders liegen die Dinge in hiesiger Gegend. Unsere einheimische, in Stadt und Land vielfach durch Grundbesitz anfängliche Arbeiterchaft verhält sich in der Mehrzahl ablehnend gegen die sozialdemokratische Verheißung, die natürlich hier ebenso wie überall in struppeloser Weise betrieben wird. Die Spekulationen wurden nur schwach, nur von dem Pöbel unter den Arbeitern besucht. Alle jahrelangen Versuche des Metallarbeiterverbandes, hier Streiks anzustellen, haben bisher keinen Erfolg gehabt, weder bei uns, noch bei den anderen hiesigen Werken. Hier verstehen sich Fabrikbesitzer und Arbeiter ohne Vermittlung des Metallarbeiterverbandes miteinander. Der Verband wird hier seitens der Arbeitgeber als fremdes Gebilde angesehen, mit dem sie keinerlei Verkehr pflegen, da er sich mit verwerflichen Mitteln und durchaus unbefugter Weise zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzubringen sucht. Unsere ordentlichen Arbeiter bitten uns um Schutz vor den Bestrebungen der Organisten.

Es wäre im Interesse Deutschlands im höchsten Grade unklug, wenn die deutsche Industrie in allen anderen Bundesländern, besonders auch in Berlin, die gleiche Kraft hätte, wie die hiesige Metallindustrie, die Annahmen der Sozialdemokratie abzulehnen. Was unser Volk groß gemacht hat, ist auch auf industriellem Gebiet Treue und Stetigkeit in der Arbeit, Frucht und Ordnung; wo die Klasse der Masse herrschen, anstatt gezügelt zu werden, kann nichts Gutes geheißen.

Für unsere hiesige Industrie ist es bei dieser Sachlage unmöglich, mit Vertretern von Arbeiterverbänden in einem Kriegsausbauschuß oder einer ähnlichen Einrichtung irgendwelche Verhandlungen über Lohn-, Arbeits- und andere Verhältnisse zu treffen, denn die Verbände haben keine Befugnis dazu. Wir würden, wenn wir anders handeln wollten, unseren ordentlichen, zuverlässigen Arbeitern, denen wir stets abtraten, sich zu organisieren und die zum großen Teil tatsächlich nicht organisiert sind, treulos in den Rücken fallen und sie förmlich in die Arme des Metallarbeiterverbandes treiben. Mit demselben Recht oder vielmehr Unrecht könnte sich der Zentralverband als Vertreter unserer technischen Beamten, der Verein deutscher Ingenieure als Vertreter unserer Ingenieure, der Kaufmännischen Verein als Vertreter unserer kaufmännischen Beamten aufspielen, so daß der Fabrikbesitzer von seinen Angestellten und Arbeitern schließlich nur noch gebildet wird.

Stetsartig wie bei uns liegen die Verhältnisse auch in vielen anderen Bundesländern. Wir können das Kriegsausbauschuß nur dringend davor warnen, die Berliner Einrichtung zu verallgemeinern und damit die Arbeiterverhältnisse im ganzen Lande für alle Dauer zu verberben. Im Gegenteil sollte das Berliner Muster so wenig wie irgend möglich im Lande nachgeahmt werden.

Es liegt zu diesem Eingriff hier bei uns keine Ursache vor. Der Arbeiterwechsel ist erheblich, wie das aber bei großer Nachfrage nach Arbeitskräften und steigenden Löhnen immer der Fall zu sein pflegt. Arbeiter, die durchaus fortgehen wollen, zum Weichen zu zwingen, haben wir jedoch kein Interesse, die Lützigen bleiben gutwillig, denn es geht ihnen auferordentlich gut, und das heute jeder Arbeitgeber alles tut, ist selbstverständlich.

Dabei werden die Leistungen der hiesigen Industrie im Krieg als hervorragende anerkannt. Die bei weitem leistungsfähigste Lokomotivbauanstalt sind in ganz Europa wie und nicht etwa die Lokomotivfabriken Berlin oder anderer großer Orte. Die Güte unserer Lokomotiven und die Mängellosigkeit unserer Lieferung sind bei unseren Staatsbehörden und in der ganzen Welt bekannt. Ähnliches trifft auf die anderen hiesigen Firmen zu. Das alles ist hier mit unserer bis herigen Arbeiterbehandlung erreicht, ohne jede Einmischung von Verbänden oder Behörden, selbst ohne Zustimmung der hiesigen Arbeitgeber. Mit dieser bewährten Praxis zu brechen, liegt, wie gesagt, keine Veranlassung vor, sie sollte vielmehr überall Nachahmung finden.

Wir erlauben uns aber vorzuschlagen, daß das Königl. Generalkommando eine in allen Verhältnissen auszugehende auffallende Bekannmachung erläßt, des Inhalts, es werde von dem Vaterlandsgelübe der Arbeiter erwartet, daß der Wechsel der Arbeitsstellen nicht übertrieben werde. Es komme darauf an, daß im Lande jeder an seiner Stelle stetig und fleißig mitarbeite. Eine Bekannmachung gleicher Art erließ das hiesige Königl. Bezirkskommando I im Februar 1915.

Zugewöhnen würden wir mit den anderen hiesigen Firmen besprechen, wie sich der Arbeiterwechsel durch vertrauliche Verhandlung zwischen dem Arbeitgeber, selbstverständlich unter Wahrung aller gesetzlichen Rechte der Arbeiter, vielleicht einschränken ließe. Jedenfalls würde hier auf diesem Wege das überhaupt Mögliche sicherer zu erreichen sein als durch Kriegsausbauschüsse oder Schlichtungsgesellen.

Wir bitten, die ganze Angelegenheit geneigt in diesem Sinne aufzufassen und regeln zu wollen.

Mit größter Hochachtung
Henschel & Sohn, gen. Beher, ges. Wittsk.
Die weiter unterzeichneten Firmen schließen sich dieser Eingabe an: Wegmann & Co. Gebr. Erbe & Co. Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals Led & Genet. Aktiengesellschaft für Federfabrik-Industrie, vormals H. Ulrich & Co. Aktiengesellschaft Gannau für Optik und Mechanik, Schmidt & Kerl, F. Uhlendorff, Lieberg & Co. Maschinenwerke G. m. b. H., Heinrich Riede.

Mahnung an Auswandererlustige

Vom Vorstand des D.O.B. wird geschrieben: Bei einer Besprechung mit hiesigen Gewerkschaftsführern wurde von diesen die Beschwerde geführt, daß aus Deutschland zureisende Arbeiter sich vor der Annahme von Arbeit vielfach nur ungenügend oder gar nicht über die Arbeitsbedingungen in Standorten unterrichten und daher zu Bedingungen stellen, die zum Teil weit hinter den tariflichen Festlegungen der skandinavischen Arbeiter zurückbleiben. Die Folge ist eine wesentliche Schädigung der einheimischen Arbeiter, die weitere aber für die in Arbeit tretenden, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Mitgliederschaft solcher Ausländer nicht mehr anerkennen wollen.

Wenn sich also unsere auswanderungslustigen Kollegen vor Schwaben bewahren wollen, werden sie sehr gut tun, nie eine Stellung unter tariflichen Bedingungen anzunehmen und erst, nachdem sie sich beim Hauptortland nach den Verhältnissen in dem betreffenden Ausland erkundigt haben.

WELTSCHAU

Zwei Jahre Danziger Freiheit

Am 10. Januar 1920 ist die große Industriestadt Danzig und das mit ihr verbundene Gebiet, umfassend auch die Städte Poppo, Neuteich und Tegenhof, aus dem Staatsverbände der deutschen Republik gemäß dem Verträge von Versailles ausgeschieden und wurde „Freie Stadt“ mit dem Engländer Sir Fowler als Oberkommisnar des Völkerbundes, der durch den General Geyling später abgelöst wurde. Dieser Herr, dessen einzige Aufgabe es ist, darauf zu achten, daß Danzig und Polen miteinander keinen Krieg machen, bekommt dafür von den Steuerzahlern Danzig und Polens jährlich 100000 Goldfranken. Mit Sir Fowler kam auch ein Generalkommisnar der polnischen Republik, für die 370000 Danziger Seelen auch eine neue Regierung, der Senat. Es kam noch mehr. In den Dajen gerecht zu verwalten, setzte der Völkerbundrat auch noch einen Hofenaußschuß ein, bestehend aus 5 Polen, 5 Danzigern und einem Schweizer Präzidenten. Kostenpunkt: 100000 Goldfranken! In diesen vier Regierungen, die mit- und gegeneinander regieren, gefüllt sich ein großes Heer von Beamten aller Gattungen, eine schon uniformierte Sicherheitstruppe in Stärke von 1700 Mann, die gestiftet werden von 3000 Mann Einwohnerwehr. Und da die Zollgrenze Danzigs sehr lang und der Schmuggel in Blüte steht, kommt noch eine mehrere hundert Köpfe starke Schar Grenzwächter hinzu.

Für alle diese nützlichen Glieder der Gesellschaft zahlt die freie Stadt viel höhere Gehälter als die deutsche Republik in der höchsten Ortsklasse, weil, wie der Senat feststellte, Danzig im Vergleich zu Deutschland die allertuerkste Stadt ist. Wie kam das? Danzig war bis zur Abtrennung ein Ort, in dem sich leben ließ. Die agrarische Provinz Westpreußen sorgte für die Ernährung der Bürger der Stadt Danzig. Die freie Stadt Danzig ist aller natürlichen Bodenschätze bar, die als Rohstoffe für die weitverbreitete Industrie in Frage kommen. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der freien Stadt Danzig ernähren zu 40 Prozent die derzeitige Einwohnerzahl von 370000. Die restlichen 60 Prozent der Ernährungsmittel müssen vom Ausland, besonders aus Polen und Deutschland bezogen werden.

Zu der Zahl der Freistaatsbürger gesellt sich eine nach Tausenden zählende Schar der Angehörigen aller Herren Länder, die sich vorwiegend als Händler dauernd oder vorübergehend in Danzig aufhalten in der Erwartung, daß das größte aller osteuropäischen Ereignisse, die wirtschaftliche Erschließung, ihnen die Taschen mit Gold füllen werde. Dieses Ereignis ist bis jetzt nicht eingetreten. Was aber Tatsache wurde, ist zuerst ein großer Ausverkauf Danzigs, vorzeitiges Verzehren der aufgeschichteten Rohmaterialien und in der Folge eine allgemeine Vertehrung der Lebenshaltung, die ihre Auswirkung naturgemäß auch in erhöhten Staatsausgaben auf allen Gebieten zeitigte, ohne daß besondere Maßnahmen diese notwendigen Ausgaben deckten. Die Folge ist eine scharfe Anziehung der Steuerhaupte, besonders für den kleinen Mann und allgemeine Verschuldung dieses Zwergstaates. Der Gebiet der Versorgungsgebiete, Polen, hat es in der Hand, den Danzigern das tägliche Brot zuzuteilen und nicht nur dieses, auch die Rohstoffe für die Industrie, die ein mattes Dasein führt.

Die freie Stadt Danzig hat seit der Abtrennung vom Deutschen Reich eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von monatlich 10000 heiderlei Geschlechtes. Mit der Einstellung der Kriegsproduktion ist diese verhältnismäßig große Zahl Arbeitsloser entstanden, die nicht auswandern konnten, weil das Deutsche Reich grundsätzlich jeden Danziger abgeschoben hatte. Danzigs Entwicklung verlief sich auf dem Wege zum großen Militär- und Marinestützpunkt, wurde dieser beseitigt, so mußte naturgemäß ein großer Überschuß an Arbeitern eintreten, der nur nach und nach durch Heranziehung anderer Industriezweige beseitigt werden kann. Dies ist zurzeit noch nicht vor sich gegangen. Die Aufsichtung der Danziger Industrie, insbesondere der Metallindustrie, ist deswegen schwierig, weil das Ungewisse des Schicksals der großen Reichs- und Staatsgüter, wozu unter anderem fünf große Betriebe mit rund 8000 Arbeitern und Angestellten gehören, jede Unternehmenslust unterbindet.

Daß die ehemaligen Staats- und Reichsbetriebe nicht schon stillliegen und ihre Einrichtungen von Schiebern nicht schon in alle Welt verschleudert worden sind, ist der zehnte Verteidigungszweck der Gewerkschaften und Betriebsräte zu verdanken. Die Gewerkschaft ist durch Entscheidung des Völkerbundes seit 1. Juli aufgelöst, die Maschinen und Einrichtungen wurden der Republik Polen zugesprochen, die Hand- und Kopfarbeiter entlassen und ist zum Arbeitslosenheer gestoßen. Der Metallarbeiter-Verband vermochte diesen Armen nur sechs Wochen nach dem 1. Juli den Lohn zu sichern. Der Waffenfabrikation weinen die Arbeiter keine Tränen nach, wohl aber betlagen sie den Verlust der Maschinen, womit sie andere Werte hätten schaffen können. Die Eisenbahn kommt am 1. Dezember in den Besitz Polens. Die große Eisenbahnhauptwerkstatt wird eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung von 45 Prozent Danziger und 45 Prozent polnischen Kapitals und 10 Prozent von anderen Fremden. Dieser Betrieb mit einer Belegschaft von 2000 wird sich auf privatrechtlicher Grundlage umstellen müssen, was bekanntlich nicht mühelos vollzogen wird.

Am 24. Oktober ist das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen in Warschau, wozin sich der deutschnationalen Abgeordnete Senat mit dem Präsidenten Sahm begab, unterzeichnet worden. Dieser Akt war der Schlußstein einer dreizehnjährigen Verhandlung zwischen beiden Staaten zwecks Ausführung der Konvention vom 17. November 1920. Dieses Wirtschaftsabkommen ist es sächlichermaßen genannt wird, regelt alle Fragen zwischen den beiden Staaten, die durch das Versailles Diktat auf Gebiete und Verdrerb miteinander verknüpft sind; es berührt das Gemeinleben der zwei Völker.

Einige seiner Merkmale: Am 1. Januar 1922 fällt die Zollgrenze und spätestens am 1. April 1923 die Wirtschaftsgrenze. Es ist freie Bahn für Handel und Wandel! Welche Auswirkung diese Freiheit haben wird, läßt sich noch nicht bestimmen voraussetzen. Preissteigerung, sehr wahrscheinlich. Bei den Kartoffeln kängt es schon an. Der Preis für diese nützlichen Dingerchen stieg nach dem 24. Oktober von 45 auf 80 Wf. für ein Zentner, weil in Polen die Kartoffeln 2000 polnische Mark der W deutsche Mark kosten.

Unsere polnischen Bürger sagen allerdings, dieser Abstand komme nur daher, weil Danzig noch die deutsche Währung habe, die baldigst durch die polnische zu ersetzen wäre. Sie vergessen dabei, daß Polen bisher überhaupt keine Währung hat, sondern nur Papiergeld, das in der Hauptsache von den Deutschen ankommen wird. Einzuweisen ist noch nicht gewöhlich, ob die beiden Völker sich ausgleichen und wann. Danzigs Arbeiterklasse leidet nicht nur unter der allgemeinen und seiner besonderen Wirt-

schaftsfrage, sondern auch als Grenzland unter der barometrisch beweglichen Valutaperturbation.

Auch ein Parlament von 120 Abgeordneten hat Danzig. Diese Volksvertreter wurden gemäß Friedensvertrag von den Danziger Bürgern gewählt, um dem Lande eine Verfassung zu geben. Die Wahlen wurden getätigt im Zeichen der Abtrennung, der nationalstischen Propaganda. Was Wunder, wenn die ehemaligen Konservativen vom Schläge Oldenburgs vereint in der deutschnationalen Partei — als stärkste Gruppe aus den Wahlen hervorgingen. Diese nützt in der Erkenntnis, daß die Parteikonjunkturen wie wieder so glänzend kommt, ihre Macht aus. Nicht nur die Verfassung wurde von dieser Mehrheit gemacht, auch der Senat wurde von Konservativen besetzt. Man proklamirte die verfassunggebende Versammlung auch als den ersten Volkstag auf vier Jahre und raubte so dem Danziger Volke das Selbstbestimmungsrecht. Die Verwaltung, Gesehbung, Justiz, kurz alle Macht ging in den ausschließlichen Besitz der Konservativen über. Die Folgen sind: Mangeln des internationalen Vertrauens, Arbeitslosigkeit, drückende Steuern, Not, langsames Sterben.

Als alle drei Richtungen der organisierten Arbeiterschaft unter Führung der freien Gewerkschaften am 4. August gegen die Brotverleuerung des Senats — die in Form einer Liebesgabe an die Landwirte erfolgte — protestieren wollte, da bot der Senat die gesamte bewaffnete Macht gegen die Volksmehrheit auf. Die Arbeiterschaft bewahrte Disziplin. Im 24stündigen Proteststreik ist keinem Bürger etwas zu Leide gekommen. Der Senat jedoch ließ im Volkstag mit Hilfe des deutschnationalen Präsidenten zwei oppositionelle Abgeordnete verhaften, das Haus mit Truppen bewachen. Der Staatsanwalt machte den Abgeordneten den Prozeß und das Schwurgericht verurteilte dann auch die beiden zu der Wundstichstrafe von einem Jahr Festung. Da Danzigs Festung, Weichselmündung, nur historischen Wert hat, so ließ man die Wissetäter frei.

Diese und viele andere Schläge der Reaktion haben aber auch eine gute Auswirkung gehabt: Der Bruderkampf läßt merklich nach. Man spricht immer weniger von Einigung. Zeit heilt Wunden, Not kettet streikende Brüder.

Sigung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 22. und 23. Oktober fand in Genf eine Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Zunächst Mitglieder waren anwesend. In dem über die Beratungen vorläufigen Bericht, den wir der Information Sozialer entnehmen, heißt es, daß die vom engeren Vorstand getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Hungernden in Rußland volle Zustimmung fanden. Ein Abkommen kam zustande zwischen einem der Bundessekretäre und einem Vertreter des Großrussischen Roten Kreuzes über die Organisation der Hilfeleistung. Dieses Abkommen gibt dem Internationalen Gewerkschaftsbund größtmögliche Würdigung dafür, daß die von letzterem gefandenen Hilfsmittel vollständig den Hungernden zugute kommen.

Es wurde beschlossen, in Rußland selbst Arbeit zu schaffen auf Kosten und unter der vollständigen Leitung des Bundes. Ein besonderes Büro des Bundes wird in Petersburg, errichtet, das die Hilfsaktion zu leiten hat. Diese Einrichtung als auch das erste Kinderheim (für 1000 Köpfe) soll baldmöglichst fertiggestellt sein. Es wurde weiter beschlossen, dem Roten Kreuz die von dem Bund für 60000 holländische Gulden gestauten Medikamente zu überlassen. Eine eingehende Aussprache fand statt über das Verhältnis zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund. Dieser nahm wohl am internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam 1919 teil, ist aber noch immer nicht an die Internationale angeschlossen. Die vom engeren Vorstand eingenommene Stellung wird gutgeheißen. Es soll auch neue Versuche werden, die Vorurteile und falschen Auffassungen, die in Amerika über den Internationalen Gewerkschaftsbund bestehen, zu zerstören.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hat an die Gewerkschaftszentralen Frankreichs, Englands und Italiens ein Schreiben geschickt, worin die Zentralen ersucht werden, bei ihren Regierungen darauf hin zu drängen, daß sie der Regierungsdelegation für die sogenannte Washingtoner Abrüstungskonferenz Arbeitervertreter begeben. Der engerer Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat auf Antrag der genannten drei Zentralen und in Übereinstimmung mit ihnen beschlossen, dem Ersuchen der Amerikaner keine Folge zu geben. Der Vorstand ist einhellig der Meinung, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angegeschlossenen Gewerkschaftszentralen nur an Tagungen teilnehmen können, die tatsächlich internationaler Natur sind. Weiter erklärt der Vorstand, daß das Büro des Bundes allein berechtigt ist, internationale Konferenzen einzuberufen, und daß die Gewerkschaftszentralen einzig und allein dem Rufe des Büros Gehör schenken dürfen.

Das Büro unterbreitet der Sitzung einen Bericht über die Vorbereitungen für die am 15. November in Amsterdam stattfindende internationale Konferenz mit den Sekretären der Weltgewerkschaften der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter, mit deren die Frage der Abrüstung erörtert werden soll. Der Bericht wird einmütig gutgeheißen. Endgültige Beschlüsse in dieser Sache werden vom nächsten internationalen Gewerkschaftskongress gefaßt werden.

Es wird beschlossen, den nächsten internationalen Gewerkschaftskongress vom 20. April 1922 ab in Rom abzuhalten. Im Anschluß daran soll eine Zusammenkunft der Sekretäre sämtlicher internationalen Berufsinternationalen stattfinden. Im weiteren wird die gefährlich anwachsende Reaktion gründlich besprochen und hierüber einige Entscheidungen getroffen.

Internationaler Kongress christl. Metallarbeiter

Wie das Blatt des Christlichen Metallarbeiterverbandes meldet, findet vom 7. bis 10. November in Turin ein internationaler Kongress christlicher Metallarbeiter statt. Es sollen daran Vertreter der Verbände Deutschlands, Hollands, Belgiens, Frankreichs, der Schweiz, Italiens, Österreichs, Ungarns und Schwedens teilnehmen. Als Mitgliederbestand sind angegeben: Deutschland 226 000, Holland 22 000, Belgien 65 000, Italien 27 000, Schweiz 3000, also zusammen 286 500. Das christliche Blatt läßt durchblicken, daß die Anhängerschaft noch größer sei. So sagt es von Frankreich, hier leidet die Gewerkschaftsbewegung sehr unter den radikalen Tendenzen, die sich in den roten Organisationen auswirken. Aber während der sozialistische Metallarbeiterverband Frankreichs Abnahme auf Abnahme zu verzeichnen hat, steigt unser christlicher Metallarbeiterverband stetig, wenn auch langsam. Schade, daß diese stetige, wenn auch langsame Steigerung der französischen Mitgliedschaft nicht in festen Zahlen ausgedrückt ist. Auch von Österreich und Schweden glaubt das christliche Blatt von einem Terror schlimmer Art betroffen zu können. „Sommerhin scheint auch dort das Eis endlich gebrochen zu sein, denn die letzten Monate melden einen erfreulichen Aufschwung.“

Aber den Zweck der christlichen Metallarbeiterinternationalen wird gesagt, sie wolle die Schöpfung der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder mit praktisch-gewerkschaftlichen Mitteln erreichen, die sich allein bis jetzt auch als die besten und ausdauerndsten Zugpferde erweisen haben; trotz des internationalen Zusammenschlusses lehnen wir aber den internationalismus als Idee ab, wir sind und bleiben national.“

Die Internationalen organisieren und dennoch die Idee des Internationalismus ablehnen, ist, wie man zugeben wird, eine seltsame Logik, die auf ungenügendem Durchdenken des internationalen Problems, wie es sich dem Proletariat stellt, schließen läßt. Weiter wird gewünscht, daß endlich einmal ein wahrer Weltfriedenstag herausgebracht, ein Wunsch, an dem die Christen, irren wir nicht, schon zwei Jahrtausende laborieren. Vielleicht glückt ihnen die Sache diesmal wenigstens. Alles friedliebendes Volk würde sich darüber freuen. Und wir auch.

Dom Schweizerischen Metallarbeiter-Verband.

Am 1. Januar 1920 betrug die Mitgliederzahl unseres Schweizerischen Bruderverbandes 84847. Eintritte waren 22332 zu verzeichnen, denen aber Abgänge durch Tod, Streichungen und Abreise in der Zahl von 31427 gegenüberstanden. Der Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl beträgt 76 901 und die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1920 82 699. Der Rückgang der Mitgliederzahl ist ohne weiteres aus der Krise und aus dem Eingehen der Arbeitsindustrien und der damit zusammenhängenden Gewerbe erklärlich. Bereits Ende des Jahres wies der Arbeitsmarkt 90000 Ganz- und Teilzeitarbeiter auf. Voll auswirkend wird sich diese Erscheinung erst im Jahresbericht von 1921. Wenn auch obige Hinweise die Mitgliederentwicklung zum großen Teil erklären, so ist doch zu sagen, daß eine riesige Zahl von Mitgliedern unsere Reihen in kurzer Zeit durchlaufen und dem Verband nur in guten Zeiten Treue hielten.

Welche Wirkungen der Krieg bzw. seine Fortsetzung, der Friede auf das Wirtschaftsleben der neutralen Schweiz ausübt, lassen die folgenden Arbeitslosenstatistiken ablesen:

Jahr	Arbeitslose Mitglieder	ausgezahlter Betrag
1916	1,5 vom Hundert	11 487 Franken
1917	0,9	18 611
1918	3,1	64 642
1919	6,25	218 198
1920	14,9	586 040

Das Jahr 1921 wird die bisher bezahlte Arbeitslosenunterstützung noch weit in den Schatten stellen. Dabei ist zu bemerken, daß in dem obigen Beträgen die von den Ortsklassen geleisteten Zuschüsse nicht mitberücksichtigt sind.

Mit diesem Jahr tritt der Schweizerische Verband in einem schlimmen Zeitabschnitt. Einerseits eine heftige Arbeitslosenzunahme, andererseits wohl noch nie so tiefgreifende waren, andererseits heftige theoretische Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterorganisationen, die die Lebenskraft der Gewerkschaften auf eine harte Probe stellen. Weshalb sie diese Probe nicht, so bedeutet das ein Zurückfallen der Arbeiterklasse um Jahrzehnte.

Der französische Arbeitsmarkt.

Trotz seiner schweren wirtschaftlichen und finanziellen Lage leidet Frankreich unter der Arbeitslosigkeit viel weniger als die anderen Länder. Laut den amtlichen Berichten beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die Unterstellungen empfangen, etwa 20000. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen höher, da die Regierungstätigkeit weder die Kurzarbeiter noch die Arbeitslosen, die ihre Unterstellungen aus dem Unbemitteltenfonds erhalten, umfaßt. Immerhin unterliegt es keinem Zweifel, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich verhältnismäßig gering und in den letzten Monaten zurückgegangen ist. Ende Februar zählte man 89000 Unterstellungsempfänger, Ende April 75000, im Juni gab es noch 55000.

Man kann mehrere Gründe der geringen Arbeitslosigkeit in Frankreich anführen. Das Land litt stets eher an Bevölkerungsmangel als an Überschub. Der vierjährige Krieg hat eine erhebliche Bevölkerung unter den arbeitsfähigen Männern verursacht. Die Zahl der im Krieg Gefallenen beträgt 1,35 Millionen. Dazu kommt, daß die Republik noch heute, drei Jahre nach dem Kriegsende, ein riesiges Heer von 800 000 Soldaten unter den Waffen hält und sie somit der produktiven Arbeit entzieht. Endlich wird durch den Wiederaufbau der nördlichen Provinzen Frankreichs eine große Zahl von Arbeitern beschäftigt.

Unsere Arbeitslage

In der letzten Berichtswoche des Oktober beteiligten sich 721 Betrieben mit 27 544 Betriebs- und 2014 784 Arbeitern an der Berichterstattung über die Arbeitslage. Vollbeschäftigt waren 27 015 Betriebe mit 1 969 288 Arbeitern, verfürgt arbeiteten 368 Betriebe mit 40 663 Arbeitern; 161 Betriebe mit 4633 Arbeitern waren stillgelegt. Ein Vergleich mit der Vorwoche ergibt folgendes Bild:

	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe %	Arbeiter %	Betriebe %	Arbeiter %
Vollbeschäftigt	98,1	97,7	97,8	97,4
Stillgelegt	0,8	0,8	0,7	0,8
Kurzarbeiter	1,3	2,0	1,5	2,3

Einer geringen Erhöhung der vollbeschäftigten Betriebe steht diese Woche ein schwacher Rückgang der Kurzarbeiter gegenüber; die Kurzarbeiter verringerten sich um 5968. Folgende Aufstellung zeigt den Kurzarbeiterrückgang der letzten vier Wochen:

Woche vom 2. bis 9. Oktober	68442 =	2,4 %
. 9. . 16.	66882 =	2,8 %
. 16. . 23.	46891 =	2,8 %
. 23. . 30.	40869 =	2,0 %

Diese Woche nahmen in den Bezirken Kölnsberg, Breslau, Erfurt, Hannover, Halle, Hamburg, Hagen, Köln, Frankfurt und Stuttgart die verfürgt arbeitenden Betriebe und Arbeiter ab. Eine Zunahme an Betrieben mit Kurzarbeit hat Nürnberg zu verzeichnen, die Arbeiterzahl ist die gleiche.

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben folgendes:

Stunden	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter %	Betriebe absolut	Arbeiter %
42 bis 45	40	12,7	9787	24,0
44 . . 41	203	65,2	20093	49,1
32 . . 35	43	11,7	4579	11,2
24 . . 31	28	7,9	5767	14,1
unter 24	18	4,8	627	1,5

Einem Rückgang der von 32 bis 35 Stunden Beschäftigten steht eine starke Zunahme der von 36 bis 41 Stunden Beschäftigten gegenüber.

Aber Verkehr ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 185 294 Arbeitern. Nach Reduktionen der dazigen Betriebsräte über Grob- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind	692 Betriebe mit 188 294 Arbeitern.
Verfürgt arbeiten	82 20 000
In der Vorwoche	64 20 729

Von 1 464 899 Mitgliedern waren 15029 arbeitslos, 45 651 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 4229. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes	
	arbeitslos	Kurzarbeiter
Woche vom 2. bis 9. Oktober	1,89 %	5,78 %
. 9. . 16.	1,91 %	6,69 %
. 16. . 23.	1,12 %	3,27 %
. 23. . 30.	1,03 %	3,13 %

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 116 680 A ausgezahlt.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 20. Novbr. ist der 45. Jahrestag für die Zeit vom 20. bis 26. November 1921 fällt.

Für den Bezirk Nürnberg mit dem Sitz in Nürnberg wird ein Bezirksleiter gesucht.

Bemerkungen sind bis spätestens 15. Dezbr. an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu richten.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 5 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, Mitglieder, Beitragssätze, Beitragssumme. Lists various administrative branches and their respective membership and contribution data.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Einziehung fiskalisches Recht zur Folge.

Aufforderung zur Mitgliedschaft: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert...

Auf Antrag der Verwaltungskommission: Der Schlichter Jakob... wegen Schlichtung...

Auf Antrag der Verwaltungskommission: Der Kommissar... wegen Schlichtung...

Auf Antrag der Verwaltungskommission: Der Kommissar Alfred... wegen Schlichtung...

Offentlich gerichtet werden: Auf Antrag eines Schlichters in Chemnitz...

Auf Antrag eines Schlichters in Düsseldorf: Der Richter Paul...

Zur Beachtung! - Zugang ist ferngehalten:

- List of names and addresses of various committees and individuals, including Heinrich..., Friedrich..., and others.

Rundschau

Die Arbeitslosigkeit nach Bezirken und Berufen. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen ist bis zum 1. Oktober auf 189 297 bezw.

Table showing unemployment statistics by district and profession, including categories like landwirtschaftlich, handwerklich, etc.

Am 7. Oktober war die Arbeitslosigkeit noch höher, nämlich 189 297... Die Entlohnung der Arbeitslosen ist gemessen an der...

Generalversammlungen in der Industrie. Es wird uns gemeldet: Welch schöne Einigkeit und welche...

Ein heutzutage Aktionär wollte wissen, daß ein Teil der hochgelobten...

Sollte die Behauptung richtig sein, daß der augenblicklich lebhaft...

Heizungsmonteur.

Kleinberg. In Nr. 44 der M.-Z. wird von einer Sehbewegung der...

Eingegangene Schriften

(Der Redaktion der angelegten oder besprochenen Werke wurde man...

Die westliche Gemeinschaftsschule. Verlag Buchhandlung Vorwärts...

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachung. Angeestellte gesucht. Sonstige Anzeigen.

Draht-Weber. Für meine am diesseitigen Drahtweberei...

Städtige erfahrene ältere Dreher. Städtische Metallwerke...

Feilenhauer. Städtische Metallwerke. Feilenhauer...

Graveur. Städtische Metallwerke. Graveur...

Metallhändler. Städtische Metallwerke. Metallhändler...

Maschinenbauer. Städtische Metallwerke. Maschinenbauer...

Metallplattenformer. Städtische Metallwerke. Metallplattenformer...

Schleifer. Städtische Metallwerke. Schleifer...